



Der GAU in Japan hat alles verändert

Streitgespräch zur neuen Energie-Initiative der
Baselbieter Grünen, die den Atomausstieg will
– vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan

In der Stossrichtung sind sie sich einig, nicht aber im Tempo: Grünen-Präsident Philipp Schoch (links) und EBL-Geschäftsführer Urs Steiner wollen beide verstärkt erneuerbare Energien fördern.

Die Welt blickt sorgenvoll nach Japan. Auch die Energie-Initiative der Baselbieter Grünen hat plötzlich an ungeahnter Brisanz gewonnen.

VON DANIEL BALLMER

Bis 2030 sollen mindestens 80 Prozent der in Baselland abgesetzten Elektrizität aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Langfristig sollen es gar 100 Prozent sein. Das fordern die Grünen mit ihrer kürzlich lancierten Initiative «für sicheren und sauberen Strom – 100 Prozent Zukunft ohne Atomkraft». Heute verhält es sich umgekehrt: Über 80 Prozent des Stroms stammt aus nicht erneuerbaren Energien und ein erheblicher Anteil davon aus Atomkraftwerken. Und das, obwohl die Kantonsverfassung die Behörden verpflichtet, sich gegen den Bau von AKW auf dem Kantonsgebiet oder in der Nachbarschaft einzusetzen. Und mit den Ereignissen in Japan hat die Thematik zusätzliche Brisanz erhalten.

Direkt von der Initiative betroffen wären die zwei Stromunternehmen im Kanton: die Elektra Baselland (EBL) in Liestal und die Elektra Birseck Münchenstein (EBM). Für EBL-Geschäftsführer Urs Steiner steht fest: Das Ziel ist bis 2030 schlicht nicht zu erreichen. Ganz anders sieht das Philipp Schoch. Für den Präsidenten der Baselbieter Grünen sind die Ziele zu erreichen, wenn man wirklich will.

So zynisch es klingt: Die Ereignisse in Japan sind Wasser auf eure Mühlen.

Philipp Schoch: Leider ja. Wobei wir schon immer gegen die Atomkraft waren. Die tragischen Ereignisse öffnen nun aber auch anderen die Augen. Die Debatte hat plötzlich eine ganz andere Dimension erreicht. Nun könnte es endlich den benötigten Ruck geben, alternative Energiequellen zu erschliessen.

Selbst atomfreundliche bürgerliche Politiker wirken plötzlich verunsichert. Findet nun plötzlich ein Umdenken statt?

Urs Steiner: Die Ereignisse in Japan sind schrecklich und machen betroffen. Dennoch darf man sich nun nicht einfach von Emotionen leiten lassen, denn diese sind selten nachhaltig. Wir müssen aber sicher über die Bücher gehen. Daher begrüsse ich auch, dass der Bundesrat die Rahmengesuche für den Bau neuer AKW vorerst sistiert hat. Ich bin auch überzeugt, dass die Energiewelt nicht mehr dieselbe sein wird wie vor dem Crash in Japan. Wir müssen nun gemeinsam die Situation analysieren und die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Kritiker fürchten bereits, das Problem soll einfach ausgesessen werden, bis sich die Gemüter wieder beruhigt haben.

Steiner: Ich habe Vertrauen in den Bundesrat und in die Fachstellen. Klar ist: Die Sicherheit der Bevölkerung steht über allem. Dennoch können wir unsere AKW nun nicht einfach ausschalten. Der Energiebedarf besteht weiterhin.

Wir müssen unter anderem erst analysieren, was die Alternativen zur Kernenergie sind. Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Nach Vorliegen aller Fakten braucht es nun eine grundlegende Analyse und danach sind die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen. Diese Aufarbeitung braucht nun Zeit.

Schoch: Das sehe ich anders. Es ist bekannt, dass Energieministerin Doris Leuthard sehr atomfreundlich ist. Ich denke, dass es hier um den rhetorischen Versuch geht, die Angriffsfläche zu verkleinern. Ich glaube aber nicht, dass sich die jetzige Stimmung so rasch wieder ändert. Die Öffentlichkeit reagiert weit über das grüne Lager hinaus extrem empfindlich auf die Katastrophe.

Ins Baselbiet: Die Grünen argumentieren schon länger, Baselland könne nicht gegen AKW sein, gleichzeitig aber zu einem grossen Teil Atomstrom nutzen. Ein schwer zu entkräftendes Argument.

Steiner: Wir werden in den nächsten 10 bis 20 Jahren gegen 40 Prozent mehr Strom benötigen. Denn will man weg vom Öl, braucht das sehr viel Strom. Wir unternehmen aber die grössten Anstrengungen, auf einer langfristigen Zeitachse Projekte zu lancieren, um den Kernenergieanteil möglichst gering zu halten und die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz zu fördern. In den nächsten überschaubaren Jahrzehnten wird es jedoch nicht so einfach sein, von der Kernenergie wegzukommen.



Urs Steiner: «Es wird nicht einfach sein, von der Kernenergie wegzukommen.»

Das zeigen auch unsere Öko-Produkte: Von unseren 50 000 Kunden wollen nur rund 2000 gegen einen entsprechenden Aufpreis Ökostrom beziehen.

Besteht in der Bevölkerung denn bisher gar kein Bedarf nach sauberem Strom?

Schoch: Politik und Stromwirtschaft tragen eine wichtige Verantwortung, welcher Strom aus der Steckdose kommt. Zudem sind sich die Experten einig, dass der Ökostrom bis 2030 die günstigere Stromversorgungsoption sein wird als der Atomstrom. Für diese Zukunft müssen wir aber heute die Weichen stellen.

Steiner: Und genau diese Weichen hat die EBL vor Jahren gestellt. Bis 2020 wollen wir beim Strom- und beim Wärmeabsatz 30 Prozent mit neuen erneuerbaren Energien abdecken. Das ist ein hoch gestecktes Ziel. Wir sind aber überzeugt, dass wir das schaffen. Zur Erreichung dieser Zielsetzung investiert die EBL von 1990 bis 2020 mehrere Hundert Millionen Franken in nachhaltige Energieproduktion und in die Energieeffizienz.

Klingt doch gut, Herr Schoch. Braucht es eure Initiative bei all diesen Anstrengungen wirklich noch?

Schoch: Das ist ganz toll. Die EBL ist da sicher weit vorne im nationalen oder sogar im europäischen Vergleich. Es gibt aber auch andere Stromanbieter im Baselbiet, die leider nicht so weit sind und die ein noch grösseres Versorgungsgebiet abdecken. Die sollten da mindestens mitziehen. Und um hier wirklich etwas erreichen zu können, müssen wir das Ziel sportlich ansetzen.

Sie scheinen nicht gleicher Meinung zu sein, Herr Steiner.

Steiner: Im Herbst wurde über die Initiative «Weg vom Öl» der Grünen abgestimmt.

Angenommen wurde der Gegenvorschlag, der den Ölverbrauch bis 2030 um 40 Prozent reduzieren will. Nun sollte man erst an diesem Thema

«Mit ihrer neuen Initiative überspannen die Grünen den Bogen.»

URS STEINER, EBL-Geschäftsführer

dranbleiben und die richtigen Massnahmen ergreifen. Denn im Baselbiet ist schon heute eine Aufbruchstimmung feststellbar – auch mit der kantonalen Energiestrategie unter Regierungsrat Jörg Krähenbühl – und das ist auch ein Verdienst der Grünen. Mit ihrer neuen Initiative aber überspannen sie den Bogen.

Schoch: Ich bedauere im Gegenzug, dass Regierungsrat Krähenbühl bisher gar nie selber aktiv geworden ist, sondern immer nur umsetzte, was ihm Parlament oder Kommission vorgelegt haben. Er ist bei dem Thema nicht sehr innovativ.

Zurück zur Initiative: Kritiker bemängeln, sie ähnele in ihrer Stossrichtung sehr der abgelehnten Initiative «Weg vom Öl».

Schoch: Auf den ersten Blick mag das sein. «Weg vom Öl» aber beinhaltete den Gesamtenergieverbrauch: Treibstoffe, Brennstoffe und Elektrizität. Bei der neuen Initiative geht es nur um den Strom. Und sie zielt natürlich vorab auf die Atomenergie ab. Wir wollen unabhängig werden von einer unsauberen Technologie, bei der wir die Probleme des Abfalls und der Sicherheit nicht gelöst haben. Und unsere Kantonsverfassung gibt vor, dass wir alles daran setzen sollten, dass wir keinen Atomstrom mehr nutzen müssen. Hinzu kommt der wirtschaftliche Faktor: Wir schaffen mit solchen Initiativen Wertschöpfung in der Region. Einheimische KMU sollen Aufträge erhal-

ten, indem sie Häuser sanieren oder Haustechniken erneuern und die erneuerbaren Energien so einfließen können.

Welche Konsequenzen hätte die Annahme der Initiative für Ihr Unternehmen?

Steiner: Kurz- und mittelfristig keine. Wir würden unsere bisherige Strategie wie bisher weiterverfolgen, denn sie geht in die richtige Richtung. Wir wollen das Machbare machen zur Förderung erneuerbarer Energien. Mehr können wir gar nicht tun. Andernfalls kommen massive Mehrkosten auf die Stromkunden zu und die Energie muss bezahlbar bleiben.

Wollen die Grünen dem einzelnen Stromkunden tatsächlich hohe Mehraufwendungen im Haushaltsbudget zumuten?

Schoch: Mit unserer Initiative schlagen wir die Übergangsfrist von 20 Jahren vor. In dieser Zeit werden sich die Technologien und die Effizienz verbessern und damit auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Viele Experten sind überzeugt, dass die Ziele realisierbar sind – wenn man nur endlich die nötigen Mittel am richtigen Ort einsetzt.

Dennoch, die Initiative «Weg vom Öl» hat gezeigt, dass das Volk solch massiven Forderungen bisher ablehnt.

Schoch: Wenn wir tatsächlich vom Atomstrom wegkommen wollen, müssen wir die geforderten 80 Prozent unbedingt anstreben.

Steiner: Aber lasst uns doch einfach unsere glaubwürdige und weitsichtige Strategie weiterverfolgen. Bremst mit unnötigen Gesetzesauflagen nicht unser Unternehmertum zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

Die EBL scheint da aber eine Ausnahme zu sein. Muss die Strombranche vielleicht doch unter Druck gesetzt werden, damit sich etwas bewegt?

Steiner: Mittlerweile wird Alpiq, in deren Verwaltungsrat ich bin, für über eine Milliarde Franken erneuerbare Energien investieren. Ich spüre von allen Seiten eine Aufbruchstimmung. Wir müssen mit Überzeugung in den nächsten Jahrzehnten daran arbeiten, Ökonomie und Ökologie weiter in Einklang zu bringen. Es muss auch alles

unternommen werden, um den nächsten Generationen eine umweltgerechte Welt hinterlassen zu können. Doch klar ist auch: Wir brauchen auch in den nächsten Jahrzehnten die Kernenergie, um unseren Versorgungsauftrag erfüllen zu können. **Schoch:** Aber genau hier zeigt sich doch ein Teil des Problems. Die EBL macht sehr viel zur Förderung erneuerbarer Energien. Aber sie tut es vor allem in jenen Bereichen, in denen sie der Atomkraft nicht wehtun muss. Denn auch Ihr sitzt in den

Verwaltungsräten der Kernkraftkonzerne. **Steiner:** Dazu gilt es allerdings auch zu sagen, dass wir jeden Franken, den wir beispielsweise aus den Dividenden von Alpiq verdienen, als Genossenschaft in innovative Projekte für die Zukunft reinvestieren können. Und das machen wir auch.

Das scheint den Grünen nicht zu genügen.

Schoch: Wir sagen ja nicht: jetzt alle AKW abschalten, morgen etwas anderes. Das ist nicht möglich. Und auch wir wollen keinen Komfortverlust. Wir wollen mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie mit den nötigen gesetzlichen Bestimmungen die sportlichen Ziele setzen, damit wir bis 2030 möglichst von der Kernenergie wegkommen.



Philipp Schoch: «Wir wollen unabhängig werden vom unsauberen Atomstrom.»

Sie sind wieder nicht einverstanden, Herr Steiner?

Steiner: Nochmals: Das ist schlicht nicht realisierbar, ausser man steigt um auf Kohle oder Gas. Aber das will niemand. Mit eurer Initiative überspannt ihr den Bogen. Leider sucht ihr nicht den Dialog. **Schoch:** Das stimmt überhaupt nicht. Mit «Weg vom Öl» haben wir die Diskussion angeschoben und diese hat auch einiges bewegt. Und jetzt geht es weiter mit dem nächsten Thema.

Steiner: Ihr lasst mit euch auch über Mengenziele nicht diskutieren. Wir brauchen den Dialog. Es kommt aber auch heute zu Grabenkämpfen wie bei den Debatten rund um ein AKW Kaiser-augst vor 30 Jahren. Wir nehmen eure Anliegen ernst und setzen das Machbare um. Aber von euch vermisse ich ein Entgegenkommen.

Schoch: Ganz und gar nicht. Wir haben im Vorfeld zur Initiative immer wieder das Gespräch gesucht. Wir haben den Kontakt mit euch ganz konkret auch bezüglich des Mengenziels gesucht. Und die Initiative «Weg vom Öl» hat ja letztlich gezeigt, wie es funktioniert: Es ist eine Debatte lanciert worden, aus der ein Kompromiss hervorgegangen ist. Und das streben wir auch jetzt an.

«Wir sagen ja nicht: jetzt alle AKW abschalten, morgen etwas anderes. Das ist nicht möglich.»

PHILIPP SCHOCH, Präsident Grüne BL